

13/88 – Mit Sonderbeilage Nordrhein-Westfalen

Gerhard Stoltenberg zur Steuerreform:

Jeder wird entlastet – Mehr Geld und weniger Steuern

Mit dem Entwurf des Steuerreformgesetzes 1990, den die Koalitionsfraktionen im Deutschen Bundestag eingebracht haben, eröffnen wir heute die parlamentarische Beratung eines der bedeutendsten Reformvorhaben dieser Jahre, erklärte der Bundesminister der Finanzen, Gerhard Stoltenberg, in der 74. Sitzung des Deutschen Bundestages am 21. April 1988.

CDU/CSU und FDP sind sich mit der Bundesregierung darin einig, daß wir ein gleichmäßigeres und gerechteres Steuersystem schaffen müssen, das für die ganz überwiegende Mehrzahl der arbeitenden Menschen und die Betriebe zu einer wesentlichen und vor allem auch dauerhaften Entlastung führen soll.

Wir gestalten den Einkommen- und Lohnsteuertarif neu. Wir erhöhen den Grundfreibetrag und den Kinderfreibetrag erheblich. Wir senken damit die Normalbesteuerung ganz beträchtlich. Wir beseitigen eine sehr große Zahl von Steuersubventionen und Ausnahmeregelungen, von Gestaltungsmöglichkeiten und damit auch manchen Ungereimtheiten des jetzigen Steuersystems.

„Niedrigere Tarife und weniger Ausnahmen“ ist damit ein wesentliches Motto unserer Konzeption. Dieser Grundsatz als solcher findet ja breite Zustimmung, am stärksten in der Finanzwissenschaft. Er ist auch in vielen anderen westlichen Staaten bestim-

HEUTE AKTUELL

● Gesundheitsreform

Heiner Geißler: Gegen Gruppenegoismus. Seite 8

● Kommunales

Das Investitionsprogramm für die Gemeinden ist schon jetzt ein voller Erfolg. Seite 9

● Drogen

Kampf gegen Rauschgift muß verstärkt werden. Seite 10

● Wirtschaft

Der Aufschwung gewinnt an Dynamik. Seite 11

● Kabinett

Rupert Scholz wird neuer Verteidigungsminister. Seite 15

● Dokumentation

Außenpolitik für die Zukunft Deutschlands / Redetext von Helmut Kohl und Auszüge aus den Reden des US-Botschafters Burt und des sowjetischen Botschafters Kwizinskij. Grüner Teil

mend für bereits verwirklichte oder geplante Reformgesetze.

Aber zugleich berührt er natürlich die Sonderinteressen von heute privilegierten Minderheiten, von zahlreichen Verbänden, deren Kritik während der Zeit der Entscheidungsfindung und -vorbereitung ja auch zahlreiche Schlagzeilen machte.

Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, zu dem der Deutsche Bundestag in seiner Verantwortung für alle Bürger insbesondere diskutieren und entscheiden wird, was dem Gemeinwohl dient.

Jetzt muß das gemeinsame Interesse — und das ist meine Bitte, mein Appell — Vorrang haben vor den Sonderinteressen, die zeitweise sehr stark die Diskussion überlagerten, jetzt muß das Interesse der ganz überwiegenden Mehrzahl der arbeitenden Menschen, also der Selbständigen ebenso wie der Arbeitnehmer, Vorrang haben vor Privilegien.

Die Steuerreform gründet sich auf vorhergehende steuerpolitische Entscheidungen der vergangenen fünf Jahre. Wir haben bereits mit der wesentlichen Verbesserung der Tarifstruktur, der stärkeren Berücksichtigung der Familien und der Erhöhung des Grundfreibetrages begonnen.

1986 wurden vor allem die Eltern mit Kindern und die Bezieher unterer Einkommen entlastet. 1988 erfolgte eine erste spürbare Verbesserung durch die Absenkung des Tarifs in der Progressionszone. Zusammen mit der ebenfalls erfolgten Erweiterung der Abschreibungsbedingungen für Wirtschaftsgebäude führte dies in kurzer Zeit zu einer Steuersenkung um fast 30 Milliarden DM jährlich.

Das ist schon in Kraft getreten. Das wird zu einem wesentlichen Teil in diesem Jahr zunehmend für die Bürger auch erfahrbar.

1990 soll nun vor allem durch den neuen

sanft ansteigenden linearen Progressionstarif, durch eine erneute Erhöhung der erwähnten Freibeträge und durch die Absenkung des Eingangs-, des Höchst- und des Körperschaftsteuersatzes auf einbehaltene Gewinne eine wesentlich weiterreichende qualitative Neuordnung bringen. Auf Grund der Erweiterung der Bemessungsgrundlage, also einer gleichmäßigeren Besteuerung, und speziell des Abbaus von Steuersubventionen werden rund 19 Milliarden DM ausgeglichen.

Wir haben uns auf dem langen Weg der vorbereitenden Diskussionen im wesentlichen mit zwei prinzipiellen Einwänden auseinandersetzen müssen, die auch heute noch die öffentliche Debatte mitbestimmen. Die einen sagen, diese Steuerreform bringe zuwenig für die Unternehmen, für die Selbständigen, also die Voraussetzungen für höhere private Investitionen. Sie sei, so wird gesagt, zu einseitig auf die Entlastung bei der Einkommen- und Lohnsteuer angelegt.

Abweichend, teilweise im Gegensatz dazu, behaupten andere, die Steuerreform verwirkliche eine Umverteilung zugunsten der Reichen, der Unternehmer, der Bezieher hoher Einkommen.

Diese vor allem von der sozialdemokratischen Opposition und von den GRÜNEN immer wieder vertretene Behauptung ist unzutreffend. Sie ist durch Tatsachen und Argumente zu widerlegen. Fangen wir mit den Tatsachen an:

Rund 500 000 Bezieher kleiner Einkommen fallen durch die Reform aus der Steuerpflicht völlig heraus. Das steuerfreie Arbeitseinkommen wird in dieser Zeit, also von 1985 bis 1990, für Verheiratete mit zwei Kindern von 13 955 DM auf 23 644 DM erhöht, für Ledige von 12 929 auf 16 195 DM.

Um diese Tatsachen noch anschaulicher zu machen: Verheiratete Arbeitnehmer mit drei Kindern mußten bei einem Brut-

tojahresverdienst von 26 000 DM 1985 noch 2 092 DM Lohnsteuer zahlen; 1990 zahlen sie nach diesem Konzept überhaupt keine Lohnsteuer oder Einkommensteuer mehr.

Bei einem Bruttoverdienst von 42 000 DM wurden bei ihnen 1985 noch 5 084 DM Lohnsteuer abgeführt; 1990 sind es nur noch 2 334 DM. Die Entlastung beträgt hier also über 54 Prozent. **Das ist Ausdruck einer familienfreundlichen und sozialen Steuerpolitik, die wir verwirklichen wollen.**

Ledige ohne Kinder werden in derselben Zeit bei einem Jahresverdienst von 26 000 DM um 701 DM und bei einem Jahreseinkommen von 42 000 DM um 1 993 DM entlastet. Auch bei denen, die punktuell durch den Abbau von Steuervergünstigungen berührt sind, führt dies im Ergebnis zu einer spürbaren Verbesserung. Mit steigendem Einkommen gehen die Entlastungsbeträge prozentual spürbar zurück. Natürlich steigt bei höheren Einkommen die absolute Entlastungswirkung, der absolute Entlastungsbetrag. Diese für viele Kollegen der SPD so erregende Sache, diese Folge der Progressionswirkung gab es übrigens auch bei den begrenzten, vergleichsweise bescheidenen Entlastungsmaßnahmen, die die SPD in ihrer eigenen Regierungszeit durchgeführt hat.

Die letzte von der Regierung Schmidt initiierte Steuersenkung, die des Jahres 1981, führte beispielsweise zu folgenden Verteilungswirkungen: Damals — sozialdemokratischer Bundeskanzler, sozialdemokratischer Finanzminister, die Herren Kollegen Vogel und Apel als Mitglieder des Kabinetts — haben Sie folgendes beschlossen — ich will das einmal vortragen:

Bei einem zu versteuernden Einkommen von 40 000 DM ergab sich für Verheiratete ein Entlastungsbetrag von 160 DM

jährlich, bei einem zu versteuernden Einkommen von 100 000 DM wurde die Einkommensteuer um 1 844 DM gesenkt. Das ist die Folge der Progressionswirkung; das trifft zu.

Aber bei solchen Resultaten sozialdemokratischer Steuerpolitik können wir heute den Wettbewerb auch über die sozialen Wirkungen unserer Steuerpolitik mit Ihnen sehr gut aufnehmen und bestehen.

Der Unterschied zwischen Ihren Steuergesetzen und dem, was wir heute machen, liegt nicht nur in der Größenordnung der Entlastung, die heute wesentlich weiter geht, er liegt auch darin, daß wir erstmals das tun, was Alex Möller schon wollte und in jener Zeit mit seinen Freunden nicht durchsetzen konnte: auf breiter Front Steuersubventionen und Sonderregelungen, Ausnahmetatbestände abbauen. Damit tun wir in Wahrheit genau das Gegenteil von dem, was Sie und Ihre Freunde behaupten. Wir verringern nämlich durch den Abbau von Steuersubventionen und Ausnahmeverordnungen für sehr reiche privilegierte Mitbürger massiv die Möglichkeit zu Steuerversparnissen.

Von größter Bedeutung sind die anhaltenden Wirkungen des neuen Reformtarifs. Die genannten Entlastungsbeispiele und andere stellen immer nur eine Momentaufnahme dar. Zu den schwersten Nachteilen der Entwicklung der letzten Jahrzehnte gehört aber die dramatisch angestiegene Grenzbelastung für die große Mehrzahl der arbeitenden Menschen.

Der überkommene Steuertarif und höhere Sozialversicherungsbeiträge führten dazu, daß den meisten Berufstätigen bei Einkommenserhöhungen als Folge beruflichen Aufstiegs, als Folge von mehr Leistung, oder auch von Tarifverträgen 45, 50, in nicht wenigen Fällen über 60

Prozent des Mehreinkommens wieder abgenommen wurden.

Das ist nach meiner Überzeugung untragbar. Das muß im Interesse der Anerkennung ehrlicher beruflicher Arbeit geändert, grundlegend verbessert werden.

Wir tun dies. Bisher stieg zum Beispiel diese Grenzbelastung, also die Belastung von Mehrverdienst und höheren Löhnen, bei den Einkommen der Ledigen zwischen 18 000 und 60 000 DM von 22 Prozent auf über 50 Prozent an. In Zukunft wird sie nur noch in einer sanfteren Kurve auf knapp 35 Prozent zunehmen.

1960 wurden fünf Prozent der Berufstätigen nach den Sätzen der Progressionszone besteuert. 1970 waren es rund 20 Prozent; 1990 werden es rund zwei Drittel sein und noch in diesem Jahrhundert wahrscheinlich über 90 Prozent. Wir haben also das erlebt — von der breiten politischen Debatte kaum beachtet, was ein bekannter Journalist einmal als den „Marsch der Arbeitnehmer in und durch die Progressionszone“ beschrieben hat.

Aber in den letzten drei Jahrzehnten ist unser Steuersystem diesen grundlegenden Veränderungen überhaupt nicht angepaßt worden, und zugleich haben die nominal erheblich gestiegenen Durchschnittseinkommen während sehr langer Zeit durch überhöhte Inflationsraten an Wert verloren.

Jetzt, in einer Periode wiedergewonnener Geldwertstabilität, vollziehen wir im Interesse der arbeitenden Menschen endlich die überfällige Neuordnung und Reform.

90 Prozent der Betriebe, vor allem die des Mittelstandes, sind Personenunternehmen; für sie ist die Einkommensteuer, die grundlegend verringert wird, zugleich die wichtigste Unternehmensteuer. Zur Unternehmensbesteuerung werden wir für die kommende Wahlperiode weitere Entlastungen sorgfältig vorbereiten. Ich rate auch von einem Wettbewerb vor-

schneller Ankündigungen ab. Aber wir müssen diese Entlastungen vornehmen.

Von den Vorschlägen zur Erweiterung der Bemessensgrundlage, also für eine gleichmäßigere Besteuerung, hat die vorgesehene Einführung der kleinen Kapitalertragsteuer auf Zinseinkünfte besonders vielfältige Debatten ausgelöst. Für die rund sechs Millionen Mitbürger, darunter immer mehr Arbeitnehmer, die an Risikokapital, vor allem also an Investmentfonds und Aktien, beteiligt sind, ist es selbstverständlich, daß auf Dividenden 25 Prozent Kapitalertragsteuer einbehalten werden als eine traditionelle Form der anrechnungsfähigen Vorweghebung.

Die jetzt mit einem Satz von zehn Prozent konzipierte Erweiterung ändert für diejenigen, die ihre Zinseinkünfte aus Anlagen bei Kreditinstituten ordnungsgemäß versteuern, im Ergebnis nichts. **Sparbücher mit gesetzlicher Kündigungsfrist sollen zudem ausgenommen werden.**

Bei den Lebensversicherungen bleiben die zum Aufbau der vereinbarten Versicherungssumme wesentlichen rechnungsmäßigen Zinsen vollkommen unberührt.

Das Bankgeheimnis bleibt voll gewahrt. Wir wollen den Kernbereich des sogenannten Bankenerlasses ausdrücklich gesetzlich verankern.

Hier und in der Höhe des Satzes liegt der grundlegende Unterschied zu den bekannten, von uns Anfang der achtziger Jahre kritisierten Überlegungen meiner sozialdemokratischen Vorgänger.

Wir bleiben bei einem Satz von zehn Prozent, auch wenn dies eine Differenzierung zu der erwähnten Regelung bei den Dividendeneinkünften darstellt, weil wir auf die Kapitalmarktbewegungen achten müssen.

Die meisten Länder der Europäischen Gemeinschaft haben eine höhere Kapital-

ertragsteuer auf Zinsen, als wir sie planen. Österreich führt sie soeben ein. In der Schweiz beträgt sie in der Regel 35 Prozent. Dennoch ist gerade die Schweiz besonders attraktiv für viele ausländische Kapitalanleger.

Eine vertrauensbildende und eine geldwertstabilitätsfördernde Politik der Bundesregierung und der Bundesbank ist auch in Zukunft der entscheidende Faktor für die Anziehungskraft der Bundesrepublik aus der Sicht der Sparer wie der internationalen Kapitalanleger. Ich will das zu vielen Sorgen der Banken und anderer hier ausdrücklich sagen.

Manche Bürger sind durch die Diskussion über die kleine Kapitalertragsteuer daran erinnert worden, ihre Zinseinkünfte, die sie bisher in der Regel ohne Unrechtsbewußtsein nicht angeben haben, jetzt ordnungsgemäß zu versteuern.

Ich halte es für unerträglich, daß — ich weiß es nicht — 35 Prozent, 40 Prozent, vielleicht 50 Prozent der Bürger ihre Zinseinkünfte ordentlich, wie es das Gesetz vorschreibt, deklarieren und mindestens 50 Prozent es nicht tun. Ich halte das im Interesse derer, die es tun, für unakzeptabel.

Meine Damen und Herren, wir müssen in unseren steuerpolitischen Debatten viel stärker, als dies in den letzten zwölf Monaten der Fall war, die internationale Entwicklung bei unseren Nachbarn, bei unseren Partnern, das heißt aber zugleich auch bei unseren Wettbewerbern einbeziehen. Wir treten hier in Übereinstimmung vor allem mit den wirtschaftspolitischen Sprechern der sozialdemokratischen Fraktion entschieden für den **europäischen Binnenmarkt**, für ein offeneres internationales Wirtschafts- und Handelssystem über Europa hinaus ein.

Wir verhandeln im GATT über eine weitere Öffnung der Märkte weltweit. Deshalb stehen wir auch, was künftige

arbeitsplatzschaffende Investitionen anbetrifft, in einem sich verstärkenden weltweiten Wettbewerb der Steuersysteme.

Andere Länder sind, wie ich schon kurz erwähnte, vorangegangen. Sie haben zum Teil eine noch deutlichere Absenkung der Steuersätze beschlossen. So verwirklicht zum Beispiel Großbritannien zur Zeit einen Einkommensteuertarif mit nur noch zwei Stufen: einem Basissatz von 25 Prozent und einem weiteren Satz von 40 Prozent. Der Körperschaftsteuersatz wurde dort schon vor einiger Zeit auf 35 Prozent zurückgenommen.

Weil aus den Reihen der SPD der Zwischenruf „Tories“ oder „Thatcherismus“ kam, will ich auf ein anderes Land verweisen: Der sozialistische Finanzminister unseres Nachbarlandes Österreich, mein Kollege Lacina, hat soeben ein Steuerkonzept vorgelegt, in dem der Höchstsatz der Einkommensteuer von bisher 62 Prozent auf 50 Prozent verringert werden soll, als Eckpunkt einer deutlichen Tarifabsenkung durch alle Einkommensstufen.

Die Mindereinnahmen sollen dort durch einen noch drastischeren Abbau von Steuersubventionen und Sonderregelungen, also durch eine noch weitergehende Erweiterung der Bemessungsgrundlage und die Anhebung einzelner indirekter Steuern, einzelner Verbrauchsteuern, voll ausgeglichen werden. Das österreichische Konzept ist aufkommensneutral.

Wir sagen: in der dritten Stufe knapp 40 Milliarden DM brutto, davon 20 Milliarden DM echte Nettoentlastung. Die Österreicher — in einer kritischeren Haushaltslage — sagen: Wir können uns Steuersenkungen nicht leisten, wir müssen aber trotzdem die Steuerreform machen. Ich sage Ihnen ganz offen: Für den hypothetischen Fall, daß wir keinen Spielraum für Steuersenkungen gehabt

hätten, hätten wir nach meiner Überzeugung auch den Weg gehen müssen, die Steuerreform zu machen und notfalls nur durch Umschichtung auszugleichen.

Unser Steuersystem ist so reformbedürftig, daß gehandelt werden muß. Wenn wir es dann mit Steuersenkungen verbinden können — um so besser für die Steuerzahler.

In anderen wichtigen Partnerländern wie in Frankreich, Kanada, Japan, Italien, Schweden und den Niederlanden werden ebenfalls umfassende Reformtarife und weitreichende Bereinigungen des Steuerrechts verwirklicht.

Die deutsche Sozialdemokratie sollte sich nicht weiter abseits stellen. Sie sollte den internationalen Trend eines moderneren, gerechteren und wettbewerbsfähigen Steuerrechts erkennen und mitgestalten, statt weiter im wesentlichen falschen Parolen gegen unsere Reformpläne zu verbreiten.

Wir setzen dabei auf Erneuerungsfähigkeit, auf Stetigkeit und dauerhafte Wirkungen. Wir haben ein langfristiges Konzept und verwirklichen es Schritt für Schritt. Wir haben durch nachhaltige Begrenzung der öffentlichen Ausgaben den Staatsanteil von fast 50 Prozent auf heute 46,8 Prozent zurückgeführt. Wir begrenzen die steigende Abgabenlast — Stichwort Gesundheitsreform —. Wir gehen voran; Privatisierung und Deregulierung sind Stichworte. Wir stellen uns anderen großen Aufgaben wie der Rentenstrukturreform.

Zweifellos lassen sich nicht immer alle Ziele zur selben Zeit und in gleichem Maße realisieren. So muß im Zusammenhang mit der umfassendsten Steuersenkung in der Geschichte der Bundesrepublik von insgesamt fast 50 Milliarden DM in drei Stufen ein gewisser Anstieg bei der Neuverschuldung hingenommen werden, der in diesem Jahr durch unvorhergesehene Entwicklungen beim Bundesbank-

gewinn, durch höhere Steuerabführungen an die EG noch verstärkt wird. Mit einem Anteil der öffentlichen Defizite am Bruttosozialprodukt von knapp 3 bis etwa 3,5 Prozent werden wir aber auch in den nächsten Jahren deutlich unter den entsprechenden Werten in den frühen achtziger Jahren bleiben.

Wir können die Steuerreform finanzpolitisch vertreten, weil wir in den ersten Jahren unserer Regierungsverantwortung die Neuverschuldung des Staates von 4,3 Prozent Anteil am Bruttosozialprodukt 1982 auf 2,1 Prozent 1986 nachhaltig zurückführten.

Dabei bleibt strikte Ausgabendisziplin aller staatlichen Ebenen vorrangiges Ziel, wenn wir das Gleichgewicht zwischen Konsolidierung und Steuersenkung gewährleisten wollen.

Wichtige Aufgaben liegen vor uns. Aber die Konstitution, die innere Festigkeit unserer Volkswirtschaft hat bereits erheblich zugenommen. Das spiegelt sich auch in der Art und Weise wider, wie die meisten Unternehmen jetzt auf die starken außenwirtschaftlichen Verwerfungen, insbesondere auf die deutliche Höherbewertung der Deutschen Mark gegenüber dem amerikanischen Dollar und auf die Krise der Wertpapierbörsen im Oktober letzten Jahres reagieren.

Ich hatte letzte Woche Gelegenheit, in Washington mit meinen Kollegen vor allem auch unsere finanzpolitische Strategie, die Rolle der Finanzpolitik in diesem Zusammenhang, zu erörtern, eine Politik, mit der wir auch im sechsten Jahr hintereinander auf Wachstumskurs bleiben werden. Ich habe dort sehr viel Verständnis gefunden, zur Überraschung mancher Kommentatoren und Begleiter.

In den ersten drei Monaten dieses Jahres liegt der Wachstumstrend nach ersten Schätzungen wiederum zwischen zwei und drei Prozent, und Auftragseingänge und

Produktion sind seit Januar erneut deutlich nach oben gerichtet.

Dazu hat die zweite Stufe der Steuerreform, das, was in diesem Jahr mit 14 Milliarden DM Entlastung wirksam wird, einen erheblichen Beitrag geleistet. Die wieder beträchtlich ansteigenden Investitionsgüterbestellungen weisen darauf hin, daß jetzt auch die Unternehmen wieder günstigere Voraussetzungen sehen, bei der Modernisierung und Erweiterung ihrer Produktionsanlagen fortzuschreiten. Besonnenheit und das Vertrauen in die Grundprinzipien, die auf die **Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft** setzen, haben positive Ergebnisse gebracht. Nicht hektisches, überstürztes Reagieren auf jede Veränderung im wirtschaftlichen Datenkranz, sondern die konsequente Umsetzung einer in den Grundzügen als richtig erkannten Politik sichern auf Dauer den größten Erfolg.

Ich sage das im Hinblick auf manche vor-schnellen Kritiker, manche derjenigen, die im Herbst 1987 angeblich fehlende zusätzliche steuerpolitische Entlastungen

und Entscheidungen beklagten. Ich hoffe, daß sie diese Lehren der vergangenen Monate verstanden haben.

Uns geht es nämlich nicht um spektakulären Aktionismus und Augenblickseffekte. Wir wollen eine Politik gestalten, deren positive Wirkungen sich langfristig bestätigen.

Wir wollen auch diejenigen in der Steuerdebatte überzeugen, die in einer ersten Bewertung zu einseitig den Abbau bestimmter Steuervergünstigungen zum Maßstab ihres Urteils machen.

Das Ziel eines gerechteren, eines einfacheren, die Dynamik unserer Marktwirtschaft stärkenden Steuersystems ist jede Anstrengung in der politischen Arbeit und in der Argumentation wert.

Wir wollen diese Anstrengung auch weiterhin nicht scheuen, denn wir sind davon überzeugt: **das Steuerreformgesetz 1990 ist ein wichtiger, ein notwendiger Schritt für die arbeitenden Menschen, für unsere Mitbürger, für die Sicherung unserer Zukunft.**

Absage aus Ost-Berlin schadet den innerdeutschen Beziehungen

Zur Absage einer unter seiner Leitung geplanten DDR-Reise von Unionsabgeordneten erklärt der deutschlandpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Eduard Lintner**, folgendes:

Ohne Angabe von Gründen hat Ost-Berlin eine vom 9. bis 12. Mai 1988 beabsichtigte Reise der Arbeitsgruppe Deutschlandpolitik und Berlinfragen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nach Ost-Berlin und in die DDR abgesagt. Diese Entscheidung widerspricht allen Beteuerungen der DDR-Führung, im Verhältnis der beiden Staaten „das Mögliche zu tun“,

den Prozeß einer Normalisierung fortzusetzen und den konstruktiven Dialog vertiefen zu wollen. Mit Blick auf die von der SED immer wieder angeregten Erweiterungen von Gesprächsmöglichkeiten und Kontakten, insbesondere der Aufnahme von Beziehungen zwischen der Volkskammer und dem Deutschen Bundestag, ist das ängstliche und dialogfeindliche Verhalten der DDR kaum begreiflich. Es ist sinnlos, neue Gesprächsbeben vorzuschlagen und einzuführen, solange die Machthaber der DDR vorhandene Kontakt- und Gesprächsmöglichkeiten nicht nutzen oder sogar abbauen. Die Politik der DDR ist zur Zeit nicht kalkulierbar. Dies ist kein gutes Vorzeichen für die weitere Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen.

Die Reform des Gesundheitswesens wird die Nagelprobe dafür werden, ob sich die Belange derjenigen, die keine machtvollen Interessengruppen hinter sich haben, gegen den Gruppenegoismus mächtiger Verbände durchsetzen können. Worum geht es bei der Reform des Gesundheitswesens?

Im Kern geht es darum, die Kostenexplosion der gesetzlichen Krankenkasse zu stoppen, Überversorgung einerseits und Unterversorgung andererseits zu beseiti-

Pflege übernehmen, wenn die Pflegeperson ausfällt, sei es wegen Krankheit, Urlaub oder aus einem sonstigen Grund.

Wir wollen das freiheitliche Gesundheitssystem, die freie Arztwahl, die freie örtliche Berufsausübung, die selbständige Apotheke erhalten. Aber dann muß das bestehende, im Grundsatz gute Gesundheitssystem finanzierbar bleiben; und gleichzeitig müssen die finanziellen Voraussetzungen für die Lösung neuer Aufgaben, zum Beispiel der Pflegebedürftigen und der Pflege-

Gegen Gruppenegoismus und für sozial Schwache

Von Heiner Geißler

gen. Drei Millionen Pflegebedürftige und Hochbetagte werden zu 90 % zu Hause gepflegt. Bisher sind für den Fall der Pflegebedürftigkeit nur unzureichende Hilfen vorgesehen; die Pflegepersonen in den Familien, meist Frauen, sind häufig überlastet. Gleichzeitig leisten wir uns ein Gesundheitssystem mit den höchsten Arzneimittelpreisen der Welt, mit — wie Fachleute schätzen — 100 000 überflüssigen Krankenhausbetten, mit den höchsten Pflegesätzen und einer Kostenexplosion in der Krankenversicherung von 24 Mrd. DM im Jahr 1970 auf mittlerweile 125 Mrd. jährlich.

Norbert Blüm will 14 Mrd. DM einsparen; davon will er 7 Mrd. DM für die Senkung der Krankenhausbeiträge verwenden, und mit 7 Mrd. DM will er die Pflegebedürftigen sozial absichern und die häusliche Pflege unterstützen. Vorgesehen ist dabei z.B., daß die Krankenkassen für vier Wochen im Jahr die gesamte häusliche

personen, geschaffen werden, von Menschen, die rund um die Uhr eine pflegebedürftige Großmutter betreuen und deshalb Freizeit und Urlaub nur noch vom Hörensagen kennen. Das soll durch die Reform des Gesundheitswesens erreicht werden.

Die CDU hat als Volkspartei auch die Pflicht, die Interessen der Nichtorganisierten und der sozial Schwachen gegen die Macht der Interessensverbände durchzusetzen. In ihrem Grundsatzprogramm beschreibt die CDU als Aufgabe ihrer Sozialpolitik: „Der Staat als Anwalt des Gemeinwohls hat die Aufgabe, die Machtlosen und Minderheiten in der Gesellschaft im Wettstreit um die materiellen und immateriellen Güter zu schützen.“

Genau darum geht es bei der Reform des Gesundheitswesens; und deshalb hat Norbert Blüm die volle Unterstützung der CDU.

Investitionsprogramm für die Gemeinden schon jetzt ein großer Erfolg

Auf Initiative der Bundesregierung hat die Kreditanstalt für Wiederaufbau insgesamt 21 Milliarden Mark an zusätzlichen zinsgünstigen Darlehen für Investitionen bereitgestellt. Davon haben die Gemeinden von 1988 bis 1990 jährlich fünf Milliarden Mark zur Verfügung, um Investitionen im Umweltschutz, für die Erschließung von Gewerbeflächen, für die Stadt- und Dorferneuerung sowie für die Verkehrsinfrastruktur zu finanzieren.

Es zeichnet sich bereits jetzt ab, daß das Programm ein Erfolg ist, stellt Dietmar Kansy, baupolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion fest. Schon zum Ende des ersten Quartals sind von der Kreditanstalt für Wiederaufbau 850 Kreditzusagen an Gemeinden in einem Gesamtwert von 1,4 Milliarden Mark gegeben worden. Es ist damit zu rechnen, daß der für dieses Jahr vorgesehene Gesamtbetrag von fünf Milliarden Mark voll ausgeschöpft wird.

Die zugesagten Mittel werden verwendet für Vorhaben zu

- 54 Prozent im Umweltschutz,
- 23 Prozent in der Stadt- und Dorferneuerung,
- 10 Prozent in der Wasserversorgung,
- 7 Prozent in der Verkehrsinfrastruktur und
- 6 Prozent in der Erschließung von Gewerbeflächen.

Damit ist zusätzlich zu den jährlichen Städtebaufördermitteln von mehr als

zwei Milliarden Mark (davon allein Bundesmittel von 660 Millionen Mark) ein weiterer beträchtlicher Investitionsschub, insbesondere zur weiteren Festigung der Baukonjunktur gesichert.

Die Zusagen verteilen sich auf die Bundesländer wie folgt:

- Schleswig-Holstein 3 Prozent,
- Hamburg 5,5 Prozent,
- Niedersachsen 12 Prozent,
- Bremen 2 Prozent,
- Nordrhein-Westfalen 13 Prozent,
- Hessen 13 Prozent
- Rheinland-Pfalz 4 Prozent,
- Baden-Württemberg 28 Prozent,
- Bayern 18 Prozent,
- Saarland 1 Prozent.

Von den Gemeinden, die das Sonderprogramm der KfW bisher in Anspruch genommen haben, liegen etwa drei Viertel im Durchschnitt unter dem Durchschnitt des jeweiligen Landesdurchschnitts hinsichtlich der Finanzkraft. Damit dürfte die abschätzige Einstufung des Kreditprogramms als Sonderhilfe nur für die reichen Gemeinden wohl eindeutig in den Bereich der Propaganda verwiesen sein.

Allerdings wird zum Ende diesen Jahres eine erste sorgfältige Untersuchung vorzunehmen sein, inwieweit sich eventuell bei der Nachfrage nach diesen Krediten Parallelen zu den allseits bekannten strukturellen Unterschieden zwischen den einzelnen Regionen der Bundesrepublik Deutschland ergeben. Es fällt zum Beispiel auf, daß Nordrhein-Westfalen mit 28 Prozent der Bevölkerung nur 13 Prozent der Mittel in Anspruch genommen hat, Baden-Württemberg mit 16 Prozent der Bevölkerung aber 28 Prozent der Mittel.

Kampf gegen Rauschgiftkriminalität muß verstärkt werden

Die innenpolitische Arbeitsgruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat sich von Fachleuten der Sicherheitsbehörden über den Umfang der Rauschgiftkriminalität und die Anstrengungen zu deren Bekämpfung unterrichten lassen. Gegenüber der Pest des Drogenhandels müssen weitere administrative und gesetzgeberische Maßnahmen ergriffen werden, fordert der innenpolitische Sprecher Johannes Gerster.

Die Zahl der Rauschgiftverbindungsbeamten in den Hauptherkunftsländern muß rasch und erheblich erhöht werden: Gegenwärtig sind 14 Beamte des BKA im Ausland tätig. Das Innenministerium plant die Entsendung von weiteren 23 Verbindungsbeamten, damit unsere Polizei aus Südamerika und dem nahen und mittleren Osten, wo sich die Zentren von Rauschgiftproduktion und Handel befinden, besser informiert wird. Die Bundesregierung sollte auch z. B. in Kolumbien, Venezuela und Argentinien Rauschgiftverbindungsbeamte einsetzen.

Die Rauschgiftkontrollen an den Außengrenzen der EG müssen in enger Kooperation mit unseren EG-Partnern weiter intensiviert werden. Die deutschen Polizeibehörden haben 1987 beachtliche Sicherstellungserfolge erzielt. Wir müssen aber davon ausgehen, daß nur etwa 5 bis 10% der nach Westeuropa kommenden Drogen beschlagnahmt werden. Der intensive Waren- und Personenverkehr läßt totale Kontrollen nicht zu. Deshalb müssen vermehrt gezielte Stichproben durchgeführt, Verdachtsmomente systematisch ausgewertet und Informationen über den Drogenhandel im In- und Ausland gesammelt werden. So gut die

Beschlagnahmeerfolge bei der Einfuhr sind, es kommt darauf an, die dahinterstehenden kriminellen Organisationen zu zerschlagen, die mit großen Geldmitteln ausgestattet sind und alle Möglichkeiten der Tarnung nutzen.

Die Einziehung der Vermögensgewinne aus Rauschgiftgeschäften, die gegenwärtig mangels ausreichender Rechtsgrundlagen kaum gelingt, muß zu dem wirksamen Mittel bei der Bekämpfung des Drogenhandels werden: Die Drogenhändler machen im Bundesgebiet jährlich riesige Gewinne. Allein der Heroinhandel wirft jährlich im Bundesgebiet schätzungsweise über 1,5 Mrd. DM ab. Pro kg Heroin ließ sich im vergangenen Jahr ein Reingewinn von ca. 380.000 DM erzielen.

Das Bundesinnenministerium hat inzwischen einen Formulierungsvorschlag für eine Ergänzung des Betäubungsmittelgesetzes erarbeitet, welcher die Gewinnabschöpfung in schweren Fällen des Rauschgift Handels ermöglicht. Die Koalition wird eine entsprechende Gesetzesinitiative einbringen.

Zitat

„Die CDU ist kein Traditionsverein. Alte Rezepte, so gut sie gewesen sein mögen, helfen nicht mehr. Wenn nun einer wie Geißler auf der Basis unserer Grundsätze die Partei zwingt, über neue Antworten auf neue Herausforderungen nachzudenken, dann ist an erster Stelle eine Diskussion hart an der Sache notwendig und nicht eine Personaldebatte.“

(Werner Remmers,
niedersächsischer Umweltminister)

Deutsche Bundesbank:**Aufschwung gewinnt an Dynamik**

Der wirtschaftliche Aufwärtstrend setzte sich in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1987 trotz der Bremswirkungen fort, die von der vorangegangenen Aufwertung der D-Mark und vom weiteren Abbau der realen Exportüberschüsse ausgingen. Das reale Bruttosozialprodukt nahm gegenüber dem Vorjahr nach vorläufiger Berechnung um 1,7 % zu. Damit fiel das Wachstum zwar etwas geringer aus als im Durchschnitt der vorangegangenen vier Aufschwungjahre, in denen es 2,4 % betragen hatte. Dies hing jedoch teilweise damit zusammen, daß es in den ersten Monaten vorigen Jahres wegen einer ungewöhnlich langen Frostperiode zu erheblichen Produktionsausfällen gekommen ist. **Schrittmacher des Wachstumsprozesses war im vergangenen Jahr die Binnennachfrage, die, real betrachtet, um 3 % gestiegen ist — eine im internationalen Vergleich durchaus respektable Rate.**

Die notwendige Verlagerung der konjunkturellen Antriebskräfte auf das Inland ist sowohl 1986 als auch 1987 recht gut gelungen. Jedenfalls hielt das wirtschaftliche Wachstum an, ohne daß die Inlandsnachfrage künstlich aufgebläht wurde und ohne daß inflatorische Tendenzen entstanden. Tatsächlich wurde in der Bundesrepublik 1987 die Preisniveaustabilität gewahrt.

Zunahme der Beschäftigung

Auf dem Arbeitsmarkt führte das Wirtschaftswachstum bei gleichzeitiger Arbeitszeitverkürzung zu einer weiteren Zunahme der Zahl der Beschäftigten. Im

Durchschnitt des vergangenen Jahres waren in der Bundesrepublik rund 26 Mio. Personen als Arbeitnehmer und Selbständige tätig; gegenüber 1986 bedeutet dies eine Steigerung um 180.000 und gegenüber dem Tiefpunkt im Jahre 1983 um 640.000. Den unterschiedlichen Produktionstendenzen entsprechend, nahm die Mitarbeiterzahl insbesondere im Dienstleistungsbereich zu, wo nicht zuletzt Frauen verbesserte Beschäftigungsmöglichkeiten vorfanden. Vor allem der Handel, das Kreditgewerbe sowie die sonstigen Dienstleistungsunternehmen (z. B. Wirtschaftsberatung, Dienstleistungshandwerk) vergrößerten ihre Belegschaft, daneben stellte aber auch der staatliche Sektor zusätzliches Personal ein.

Die steigende Zahl der Beschäftigten entsprach 1987 in etwa der Zunahme des Arbeitskräfteangebots, die im wesentlichen aus der erneut vergrößerten Erwerbsbeteiligung von Frauen, dem Eintritt geburtenstarker Jahrgänge in das Erwerbsleben und den Zuwanderungen von Erwerbspersonen in die Bundesrepublik resultierte. Demzufolge blieb die Zahl der Arbeitslosen 1987, im Jahresdurchschnitt betrachtet, mit 2,23 Mio. im Vergleich zum Vorjahr unverändert; die Arbeitslosenquote belief sich auf 7,9 % aller Erwerbspersonen.

Arbeitslosigkeit hat in erster Linie strukturelle Ursachen

Die anhaltend hohe Zahl an Arbeitslosen in der Bundesrepublik ist zwar zu einem Teil konjunkturell bedingt, sie hat aber in weitem Umfang strukturelle Ursachen; hierzu gehören auch Verwerfungen zwischen der Nachfrage nach Arbeitskräften

und dem Arbeitsangebot. Darauf deuten beispielsweise die starken regionalen Abweichungen in den Arbeitslosenquoten und die großen Unterschiede in der Dauer der Arbeitslosigkeit selbst in Gebieten mit gleich hohen Arbeitslosenquoten hin. Ausdruck der strukturellen Diskrepanzen ist aber auch die Tatsache, daß auf manchen Teilmärkten 1987 Knappheit vor allem an höher qualifizierten Arbeitskräften herrschte. Dies galt selbst für Bereiche wie den Bausektor, in denen die Beschäftigung rückläufig war. Besonders reichlich war demgegenüber das Angebot an weniger qualifizierten Arbeitskräften. Dies hat für 1987 erneut die Sonderuntersuchung bestätigt, die die Bundesanstalt für Arbeit alljährlich zum Stichtag Ende September durchführt. Danach war im vergangenen Jahr von den Erwerbslosen jeder zweite ohne abgeschlossene Ausbildung. Unter den Beschäftigten trifft dies lediglich für jeden vierten zu. Die Arbeitslosenquote ist bei den weniger qualifizierten Erwerbspersonen mit schätzungsweise 16 % nahezu doppelt so hoch wie bei den Erwerbspersonen insgesamt.

Nach wie vor stabile Preise

Die Preisentwicklung in der Bundesrepublik bewegte sich 1987 in ruhigen Bahnen. Insbesondere die Verbraucher in der Bundesrepublik erfreuten sich 1987 weitgehend stabiler Preise. Im Jahresdurchschnitt war der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte lediglich um 0,2 % höher als 1986; am Jahresende 1987 betrug der Anstieg gegenüber dem Vorjahr ebenso wie im März 1988 nicht mehr als 1 %.

Zu dem günstigen Jahresergebnis für 1987 haben nicht nur die Nachwirkungen des scharfen Ölpreisrückgangs im vorangegangenen Jahr beigetragen, der sich bei den Konsumenten zum Teil erst mit zeitlicher Verzögerung — in niedrigeren Prei-

sen für Erdgas oder in verminderten Heizkostenumlagen — niederschlug. Vielmehr beruhte die mäßige Preisveränderung bei Verbrauchsgütern auch darauf, daß der Kostendruck im Innern im Verlauf des Jahres schwächer geworden ist. Dies mag dazu beigetragen haben, daß die Verteuerung von Dienstleistungen deutlich geringer ausfiel als 1986 und der Mietanstieg nachgelassen hat. Auch bei gewerblichen Waren waren die Preis erhöhungen wesentlich kleiner.

Privater Verbrauch ist Motor des Wachstums

Entscheidende Antriebskraft des Wachstumsprozesses in der Bundesrepublik war auch 1987 der private Verbrauch. Seit der zweiten Jahreshälfte 1985, als die Auslandsnachfrage nachzulassen begann, wurden die Konsumausgaben der privaten Haushalte immer mehr zum entscheidenden Gegengewicht. Der private Verbrauch kräftigte die Inlandsconjunktur und stützte den außenwirtschaftlichen Anpassungsprozeß, denn die wachsende Konsumnachfrage richtete sich zu einem großen Teil auf Importe von Waren und Dienstleistungen.

Insgesamt haben die privaten Haushalte ihre Konsumausgaben im vergangenen Jahr um 3½ % ausgeweitet. Real betrachtet, ist der private Verbrauch um 3 % gestiegen. Nimmt man das Jahr 1986 aus, das angesichts der unerwartet hohen Entlastungen durch den Ölpreisrückgang und die Steuersenkung für die Konsumenten unter einem besonders günstigen Stern gestanden hatte, war dies die stärkste Zunahme seit Ende der siebziger Jahre.

Man muß bis 1978/79 zurückgehen, um zwei aufeinanderfolgende Jahre zu finden, in denen der reale private Verbrauch so stark ausgeweitet wurde wie 1986 und 1987 zusammen, nämlich um 7½ %. Die

lebhaft Konsumkonjunktur erstreckte sich im vergangenen Jahr auf praktisch alle Bereiche des privaten Verbrauchs. Sie erfaßte selbst jene Segmente, die in der Regel in ihrer Entwicklung hinter dem Einkommenswachstum zurückbleiben, wie etwa der Bereich der Nahrungsmittel. Die Ausgaben der Konsumenten nahmen hier 1987 real um 3 % zu.

Unvermindert war das Interesse an Autos. Für private Haushalte wurden nochmals 4½% mehr neue Pkw zugelassen als im Jahre 1986, in dem die Neuanmeldungen bereits sehr stark zugenommen hatten.

Relativ großen Zuspruch fanden 1987 auch Einrichtungsgegenstände; stark auch dürfte die Nachfrage der Verbraucher nach Dienstleistungen gestiegen sein. Beispielsweise gaben deutsche Urlauber 1987 mit nahezu 40 Mrd. DM rund 7½% mehr bei Auslandsreisen aus. Sie halten damit in der Welt weiterhin den Spitzenplatz im internationalen Tourismus.

Zwei Faktoren bestimmten die lebhaft Konsumkonjunktur: die kräftige Zunahme der privaten Einkommen und die Stabilität der Preise. Das private Real-einkommen ist zwar 1986 — als Ölpreisrückgang und Steuerentlastung zusammentrafen — mit 5 % noch mehr gestiegen als 1987. Im Berichtsjahr war aber der Zuwachs mit 3 % noch beachtlich und größer als in allen Jahren der ersten Hälfte dieses Jahrzehnts.

In der Lohnrunde des vorigen Jahres wurden in wichtigen Bereichen der Wirtschaft Tarifverträge abgeschlossen, die eine bis einschließlich 1989 stufenweise in Kraft tretende Kombination von Lohnsteigerungen und Arbeitszeitverkürzungen enthielten. Der Abschluß solcher Tarifverträge mit einer weit über die früher übliche Laufzeit von einem Jahr hinausgehenden Dauer ist ein Zeichen des

Vertrauens der Sozialpartner in die erreichte Preisniveaustabilität — ein Vertrauen, das für 1987 gerechtfertigt war, für 1988 gerechtfertigt ist und darüber hinaus natürlich noch gerechtfertigt werden muß.

Die staatlichen Einkommensübertragungen — Renten, Unterstützungen und Pensionen — expandieren mit 5 % deutlich stärker als vordem. Dazu trug eine ganze Reihe von Faktoren bei. Von besonderer Bedeutung war in diesem Zusammenhang, daß die Renten zur Mitte vergangenen Jahres um 3 % und damit stärker erhöht worden sind als zuvor, die Zahl der gewährten Renten weiter (um ca. 1½%) zunahm und das 1986 eingeführte Erziehungsgeld 1987 besonders rege in Anspruch genommen wurde.

Die Spartätigkeit der privaten Haushalte vollzog sich 1987 weitgehend im Gleichschritt mit der Einkommensentwicklung; das private Sparaufkommen ist um 4 % gestiegen, und das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte nahm um reichlich 3½% zu.

Auslandsinvestitionen werden stärker

Für Anlageinvestitionen haben die Unternehmen 1987 insgesamt 4½% mehr als ein Jahr zuvor aufgewendet, darunter für Ausrüstungsgüter ebenfalls 4½%. Damit ist der Anteil der Anlageinvestitionen der Unternehmen am Bruttosozialprodukt ebenso wie der Anteil der Ausrüstungsinvestitionen weiter gestiegen.

Die Gründe dafür, daß die Investitionen nicht noch stärker zugenommen haben, dürften in dem verstärkten Konkurrenzdruck aus dem Ausland, wie er auf den In- und Auslandsmärkten mit der Aufwertung der D-Mark verbunden war, in der Unsicherheit über die weitere Entwicklung auf diesem Gebiet und in der anhaltenden Strukturkrise in einigen besonders kapitalintensiven Industrie-

zweigen (Bergbau, Stahlerzeugung, Schiffbau) zu suchen sein. Da die Industrie die Hauptlast des außenwirtschaftlichen Anpassungsprozesses zu tragen hat, war gerade in diesem wichtigen Wirtschaftsbereich die Investitionsneigung gedämpft.

Daß es nicht zu einer stärkeren Zunahme der Investitionstätigkeit gekommen ist, läßt sich zum Teil auch damit erklären, daß deutsche Unternehmen vermehrt im Ausland investiert haben. Schon seit Beginn der achtziger Jahre nehmen die Direktinvestitionen im Ausland, die freilich vorwiegend Beteiligungserwerb und damit nicht physische Investitionen betreffen, kräftig zu. Bis zu einem gewissen Grad dürfte diese Zunahme Ausdruck fortschreitender internationaler Arbeitsteilung und Kapitalverflechtung sein.

Aber auch die geringere Besteuerung von Unternehmensgewinnen in manchen Ländern dürfte hier von Bedeutung sein.

Exporte stabilisiert

Die Ausfuhren der Bundesrepublik entwickelten sich zu Beginn 1987 zunächst ausgesprochen schwach, haben sich dann aber im späteren Verlauf des Jahres wieder verstärkt. Dem Wert nach waren die Exporte ebenso hoch wie vor Jahresfrist, dem Volumen nach übertrafen sie das Vorjahresergebnis um knapp 3 %. Die deutschen Exporte wuchsen damit 1987 abermals langsamer als die Gesamtimporte der wichtigsten Handelspartner, die um real 4 % bis 5 % expandierten.

Allerdings signalisieren die Marktanteilsverluste keine gravierende Beeinträchtigung der internationalen Konkurrenzfähigkeit. Die Einbußen der letzten Zeit müssen nämlich vor dem Hintergrund früherer Marktanteilsgewinne gesehen werden, die mit der bis zum Frühjahr 1985 anhaltenden Dollaraufwertung ein-

hergegangen waren und nicht in jedem Falle als dauerhaft angesehen werden konnten. Im übrigen profitiert die deutsche Exportindustrie nach wie vor von einer Reihe nicht-preislicher Wettbewerbsfaktoren wie der Qualität der Produkte, der sorgfältigen Marktpflege, der Zuverlässigkeit in der Lieferung und nicht zuletzt dem hohen technologischen Stand ihrer Erzeugnisse.

Czaja wiedergewählt

Der Bundestagsabgeordnete Herbert Czaja ist für weitere zwei Jahre an der Spitze des Bundes der Vertriebenen (BdV), den er seit 1970 führt, bestätigt worden, ebenso Herbert Hupka und Helmut Sauer als Stellvertreter. In einer Grundsatzrede zur Deutschland- und Ostpolitik warnte Czaja davor, dem Ostblock wirtschaftliche Hilfe „zum Nulltarif“ zu gewähren. Die Ostblockländer brauchten „existenznotwendig“ westliche Finanz- und Technikhilfe, „weil ihnen wirtschaftlich das Wasser bis zum Hals steht“. Sie müßten als Gegenleistungen wirtschaftliche und gesellschaftliche Reformen und ein menschenwürdiges Leben erbringen.

Zuversicht im Groß- und Außenhandel

Die Konjunktur in der Bundesrepublik Deutschland sei nicht sorgenfrei, aber besser als ihr Ruf. Auch der Groß- und Außenhandel bekomme nach kurzer Unterbrechung wieder festeren Boden unter die Füße mit dem Ergebnis, daß sich das Geschäftsklima wieder deutlich verbessert habe. Hierauf verwies der Präsident des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA), Konsul Klaus Richter, vor dem Präsidium seines Verbandes am 26. April 1988 in Bonn.

Rupert Scholz wird neuer Verteidigungsminister

Bundeskanzler Helmut Kohl gab vor der Bundespressekonferenz in Bonn am Dienstag, 26. 4. 1988, die Ernennung von Rupert Scholz zum neuen Bundesminister der Verteidigung bekannt und erklärte dabei u. a.:

Am 18. Mai wird Bundesverteidigungsminister Dr. Manfred Wörner aus der Bundesregierung ausscheiden, um zum 1. Juli das Amt des NATO-Generalsekretärs zu übernehmen. Manfred Wörners Amtszeit fiel in eine besonders schwierige Phase der deutschen und internationalen Politik. Ich erinnere vor allem an die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen, die 1983 zur Sicherung des Friedens in Freiheit notwendig wurde. Ich erinnere ebenso an den durch unsere Standfestigkeit mit herbeigeführten INF-Abrüstungsvertrag vom vergangenen Dezember, von dem wir alle erwarten, daß er den Weg zu weiteren Abrüstungsschritten weist.

Manfred Wörner gebühren Dank und Anerkennung für seine hervorragende Arbeit in den vergangenen fünf Jahren. Der großen sachlichen Probleme und Herausforderungen stets bewußt, galt seine Fürsorge auch immer den Sorgen und Nöten der ihm anvertrauten Menschen. Wir freuen uns, daß jetzt mit Manfred Wörner erstmals ein Deutscher NATO-Generalsekretär wird. Die Bundesregierung wird ihn bei der Erfüllung seiner Aufgaben nach Kräften unterstützen.

Ich werde dem Bundespräsidenten vorschlagen, **Prof. Dr. Rupert Scholz** als Nachfolger von Manfred Wörner zum Bundesminister der Verteidigung zu ernennen. Als Mitglied des Berliner



Rupert Scholz

Senats — und insbesondere in seiner Eigenschaft als Senator für Bundesangelegenheiten — hat sich Professor Scholz seit langem mit Fragen der Deutschland-, Außen- und Sicherheitspolitik auseinandergesetzt. In seiner Tätigkeit in und für Berlin hat er immer wieder gezeigt, daß er einen ausgeprägten Sinn für all die schwierigen Fragen hat, die sich gerade für uns Deutsche mit der Sicherung des Friedens in Freiheit verbinden.

Ich schätze Rupert Scholz sehr als ausgezeichneten Sachkenner, der nicht nur als Wissenschaftler, als profunder Kenner unseres Staats- und Verwaltungsrechts einen herausragenden Ruf genießt, sondern sich auch wegen seiner Arbeit in der politischen Praxis hohe Anerkennung erworben hat. Er verfügt gleichermaßen über einen klaren Blick für politische Prioritäten wie über administratives Geschick.

„Unsere Politik für die 90er Jahre“

Der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth (CDU) hält es für dringend erforderlich, das geltende Asylrecht erheblich einzuschränken. Wirtschaftsflüchtlinge müßten schon an der Grenze daran gehindert werden, ins Bundesgebiet einzureisen, sagte der CDU-Politiker auf einem Landesparteitag der CDU in Bruchsal. Da der vom Grundgesetz gebotene Spielraum für staatliches Handeln wahrscheinlich gering sei, müsse man erwägen, in die Überlegungen für ein neues Asylrecht eine Änderung der Verfassung einzubeziehen, fügte Späth hinzu. Wenn man die Entwicklung einfach so weiterlaufen lasse, erzeuge man ein „gefährliches Klima der Ausländerfeindlichkeit“ und schaffe hierzulande „eine Zeitbombe“.

In einer Grundsatzrede vor den 480 Delegierten des Landesparteitags in Bruchsal verlangte Späth, die Probleme der Gesellschaft sollten wieder im Zusammenhang begriffen und gelöst werden.

Die CDU dürfe ihre Identität als liberale, offene Volkspartei nicht preisgeben; ihr Erfolg sei nicht in der Summe der Befriedigung von Einzelinteressen zu suchen, sondern im Verfolg gesamtpolitischer Konzepte. Gleichzeitig müsse sich die Partei aber auch um die Sorgen jener Bürger kümmern, die bei der Landtagswahl aus Angst oder Verunsicherung nach der „Denkzettelmethode“ abgestimmt hätten. Die Wähler der Splitterparteien seien nicht zu verurteilen, sondern müßten von der CDU zurückgewonnen werden.

Späth forderte seine Partei dazu auf, schon jetzt die bevorstehenden Kommunal- und Europawahlen vorzubereiten. Während SPD und FDP noch dabei

seien, ihre bei der Landtagswahl erlittenen Wunden zu lecken, müsse die CDU „durchstarten“. Dazu gehöre die Entwicklung von Zukunftsprogrammen und die Erstellung klarer Konzepte zur Lösung der anstehenden Probleme, die langfristig vorbereitet und der Bevölkerung nahegebracht werden müßten.

Der von ihm geforderten gesamtpolitischen Verantwortung dienen nach Späths Darstellung auch die Leitanträge zum bevorstehenden CDU-Bundesparteitag über „Das christliche Menschenbild als Grundlage unserer Politik“ und „Unsere Verantwortung in der Welt“, die der Parteitag nach kurzer Beratung und der Annahme weniger Änderungsanträge verabschiedete.

Beschlossen wurde auf Antrag der Jungen Union eine Satzungsänderung, die der Partei bei der Wahl eines neuen Ministerpräsidenten während einer Legislaturperiode ein Mitspracherecht einräumt. Bisher war diese Entscheidung der CDU-Landtagsfraktion vorbehalten; künftig kann ein Landesparteitag eine entsprechende Empfehlung abgeben. Die Behandlung eines weiteren Antrags der Jungen Union, der die organisatorische Weiterentwicklung des CDU-Landesverbands fürs „nächste Jahrtausend“ betrifft, wurde auf den nächsten Landesparteitag verschoben. Die aktuellen Veränderungen in der Organisation des Landesverbands, die vor allem die Ablösung des bisherigen Landesgeschäftsführers Walter Penther durch Ulrich Stechele betreffen, wurden in Bruchsal vom Landesvorstand und vom Präsidium der Partei gebilligt und vom Landesvorsitzenden Späth offiziell bekanntgegeben. Der 46 Jahre alte bisherige Heilbronner Landtagsabgeordnete Stechele tritt sein neues Amt am 1. Juni an.

Vorwürfe der Postgewerkschaft an den Haaren herbeigezogen

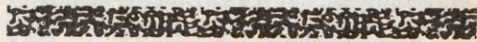
Zu den Behauptungen der Deutschen Postgewerkschaft: „Die Deutsche Bundespost beabsichtige einen Abbau von 16000 Stellen“ erklärt der stellvertretende Vorsitzende des Postausschusses, der CDU-Bundestagsabgeordnete Klaus Bühler:

Die Äußerungen des Vorsitzenden der Deutschen Postgewerkschaft Kurt van Haaren, wonach die Post einen Stellenabbau in der Größenordnung von 16000 Arbeitsplätzen beabsichtige, stimmen nicht. Van Haarens Äußerung stellt den ebenso unfairen wie durchsichtigen Versuch dar, über die Verunsicherung der gesamten Mitarbeiterschaft der Bundespost Stimmung gegen die Bundesregierung zu machen. Dem Gewerkschaftsvorsitzenden dürfte offensichtlich entgangen sein, daß die Post ihren Personalbestand von 1981 bis heute um ca. 6000 Beschäftigte gesteigert hat. Für 1988 besteht sogar die Möglichkeit, daß zusätzlich 1400 Arbeitnehmer neu eingestellt werden. Es wird daher am Jahresende mindestens ebensoviel Mitarbeiter bei der Post geben wie Anfang 1988.

Angesichts der jahrelangen erfolgreichen ausbildungs- und arbeitsplatzpolitischen Anstrengungen der Post nehmen sich die haltlosen Behauptungen des Chefs der Postgewerkschaft sowohl den Gewerkschaftsmitgliedern als auch weit über 500000 Postbediensteten gegenüber verantwortungslos aus.

Mit einer ähnlichen Verunsicherungskampagne verfolgt der Chef der Postgewerkschaftler seit langem die Pläne der Post zur notwendigen Neustrukturierung des Unternehmensbereichs. Auf einer Pressekonferenz unterstellte er dem Post-

minister, die Post solle zum Nachteil ihrer Kunden und Bediensteten zerschlagen werden. Die CDU/CSU weist diese Vorwürfe entschieden zurück. Ziel der Reformpläne ist eine fortschrittliche, kundennahe und zukunftsorientierte Post. Wer anderes behauptet, betreibt pauschale Diffamierung statt sachlicher Information.



Gerster: Bürger sind an Ausweismisere nicht schuld

Es ist enttäuschend, daß es trotz des langen verwaltungsmäßigen Vorlaufes der Bundesdruckerei nicht gelungen ist, sachgerechte Vorbereitungen so zu treffen, daß die entstandenen Schwierigkeiten nicht zu Lasten des Bürgers gelöst werden, erklärt der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Johannes Gerster** zu den Verzögerungen bei der Ausgabe der neuen Personalausweise. Angesichts einer bis zu drei Monaten dauernden Wartezeit sei es nicht angemessen, den antragstellenden Bürger auf die Ausstellung eines vorläufigen Passes oder Ausweises zu verweisen, für die er obendrein noch 15 DM bezahlen muß meinte Gerster. Der Bürger habe die Wartezeit nicht zu vertreten und müsse dafür auch nicht bezahlen. Das Problem könne dadurch gelöst werden, daß die bisherigen Ausweise und Pässe durch einen Stempelaufdruck um eine angemessene Zeit verlängert, oder befristet als vorläufige Pässe oder Ausweise anerkannt werden. Inzwischen sind für die Bundesdruckerei hundert neue Stellen bewilligt worden, um den Antragstau abzubauen.

CDU-Präsidium erörterte Sozialhilfekosten

Das Präsidium der CDU, dem auch die CDU-Ministerpräsidenten angehören, hat sich am Montag, 25. April 1988, in Bonn mit der Gesetzesinitiative einiger Bundesländer zur Übernahme eines Anteils der Sozialhilfekosten durch den Bund befaßt. Im Zusammenhang damit sind finanzielle und strukturelle Grundsatfragen der unterschiedlichen regionalen Entwicklung und ihrer Folgen eingehend besprochen worden. Ungeachtet unterschiedlicher Auffassungen zum Antrag im Bundesrat war sich das Präsidium darüber einig, daß ein Gesamtkonzept entwickelt werden soll, das zu mehr Ausgewogenheit zwischen den verschiedenen Regionen und Ländern führen soll. Die Gespräche im CDU-Präsidium werden fortgesetzt.

Schüleraustausch mit der UdSSR

Konkrete Möglichkeiten zur Realisierung von Schüleraustausch zwischen Schülern der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland fordert der Bundessprecher der Schüler-Union Deutschlands, Johannes Kram (Trier), in Bonn.

Er unterstützt damit die Vorschläge des stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Rühle, die dieser in einer Diskussion mit dem sowjetischen Botschafter Kwizinskij auf dem außenpolitischen Kongreß der CDU am 14. April in Bonn vorbrachte.

Gorbatschow könnte ein gutes Beispiel für seine Bemühungen um Offenheit geben, wenn endlich nicht nur deutsche Schüler in die Sowjetunion reisen, sondern auch sowjetische Schüler die Bundesrepublik besuchen könnten, um Gleichaltrige, ihre Schulen und Familien kennenzulernen.

Da Kwizinskij Unterschiede der „materiellen Voraussetzungen“ als Hindernis solcher Bemühungen angab, regte der SU-Bundessprecher die Bundesregierung an, Konzeptionen zur finanziellen Unterstützung solcher Schüleraustausche zu entwickeln. Danach sollte man die wirklichen Hindernisse beseitigen. Sinnvoll seien Austauschprogramme, die über Partnerschaften von Schulen und Städten organisiert werden, damit die Möglichkeit für einen Aufbau langfristiger Beziehungen gegeben sei.

Butterberg schmilzt

Endlich schmilzt der Butterberg, der im September 1986 mit mehr als 1,5 Millionen Tonnen seinen Höchststand erreicht hatte. Ende März 1988 wurden in den Lagerhäusern 560.000 Tonnen registriert, also nur noch ein Drittel der Rekordmenge. In der Bundesrepublik lagern derzeit noch 127.000 Tonnen Butter — mit weiter sinkender Tendenz.

Butter und Magermilchpulver sind die ersten Bereiche, in denen die Reform der Agrarpolitik sichtbar greift. Bei Magermilchpulver geht es parallel zurück: Gegenüber dem Höchststand von fast einer Million Tonnen im Jahr 1986 verringerte sich die Menge bis Ende März 1988 auf 241.000 Tonnen.

Demgegenüber ist der Getreideberg noch nicht abgebaut: Derzeit werden 8,3 Millionen Tonnen gelagert. Die Beschlüsse des Brüsseler Sondergipfels im Februar 1988 werden sich jedoch im Verlauf der nächsten Jahre auswirken.

Im Juni 1989 Europawahl

Als Termin für die dritte Direktwahl zum Europäischen Parlament hat das Plenum am 13. April 1988 dem Ministerrat den Zeitraum 8. bis 11. Juni 1989 vorgeschlagen. In der Bundesrepublik Deutschland findet sie am Sonntag, 11. Juni 1989, statt.

Liebe Leserinnen und Leser des UiD

40mal im Jahr erhalten Sie den Informationsdienst der CDU „Union in Deutschland“ (UiD). Das bedeutet 40mal Information aus erster Hand über die Politik der Union: Fakten, Daten, Texte, die Sie vor Ort sofort einsetzen können.

Ich bin davon überzeugt, daß der UiD ein unentbehrlicher Begleiter für jeden ist, der sich aktiv und engagiert für die Ziele der Christlich Demokratischen Union Deutschlands einsetzt. Deshalb möchte ich Sie herzlich darum bitten, auch Ihre Freunde und Bekannte auf den UiD aufmerksam zu machen und sie für ein Abonnement zu gewinnen.

Schnelle und aktuelle Information, das heißt auch, den UiD druckfrisch per Post ins Haus zu liefern und das verursacht bei mehr als 40 000 Empfängern hohe Kosten. Sollten Sie den UiD auf Grund eines politischen Amtes bis jetzt kostenlos erhalten haben, möchte ich Sie herzlich bitten, die Arbeit des UiD in Zukunft mit einem Jahresabonnement zu unterstützen*.

Für Ihr Verständnis möchte ich Ihnen schon jetzt danken.

Ihr

Heiner Geißler

Heiner Geißler



An die
Union Betriebs GmbH
Friedrich-Ebert-Allee 73—75
5300 Bonn 1

Hiermit bestelle ich ein Jahresabonnement des UiD (40 Ausgaben zum Preis von 48,— DM)

- Ich bin ein neuer Abonnent
- Ich beziehe den UiD bereits kostenlos

Name _____

Straße _____

Ort _____

Datum _____ Unterschrift _____

* Zur Bestellung Ihres Abonnements brauchen Sie nur den Coupon auszufüllen und abzusenden. 40 Ausgaben kosten übrigens nur 48,— DM.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1

Senioren Union



CDU

Mit der Gründung der Senioren Union hat die Christlich Demokratische Union Deutschlands eine eigene politische Vereinigung für Senioren geschaffen – als erste im Deutschen Bundesrat, vertretene Volkspartei. Die Senioren Union tritt für die vielfältigen Belange der älteren Generation ein. Sie ist ein kompetenter Ansprechpartner für die mehr als 100 hauseigenen Altenorganisationen.

**Ansprechpartner
für Senioren**

Die Senioren Union versteht sich nicht nur als reine Interessenvertretung der älteren Generation. Sie wird nicht auf einem abgegrenzten Arbeitsfeld wirken.

**Mitgestaltung
und Mitwirkung**

Bewußt und gezielt wird sie die Mitwirkung und Mitgestaltung der älteren Generation an allen Themen der Politik und der öffentlichen Meinungsbildung fördern.

Die Senioren Union hat eine einzigartige Pionierrolle übernommen: Für eine gute Zukunft der älteren Generation.

Dies ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle, die Ihre Angaben an die Bundesgeschäftsstelle weiterleiten wird.

UID

13/88

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 544 11 * **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lütjhe. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis:** jährlich 48,— DM. **Einzelpreis:** 1,20 DM. **Herstellung:** VVA, Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.